

Politische Kultur und die "reine Demokratie" : Verfassungskämpfe und ländliche Volksbewegungen im Kanton St. Gallen 1814/15 und 1830/31 [Bruno Wickli]

Autor(en): **Weinmann, Barbara**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **15 (2008)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ce temps, tout en dévoilant la complexité des liaisons sociales qui la régissaient.

Les informations glanées dans les correspondances permettent d'enrichir les connaissances sur une société donnée à un moment donné, comme nous le prouve l'étude de Maria Pia Casalena et Francesca Sofia. Les archives conservées en Toscane, lieu de résidence de la sœur de Sismondi, économiste et historien, familier du groupe de Coppet, regorgent de renseignements sur la vie intellectuelle et sociale européenne de la première moitié du XIXe siècle tout en offrant, par les correspondances féminines, de multiples renseignements sur la vie quotidienne de l'élite genevoise. Jean-Marc Barrelet, quant à lui, déplore de n'avoir pas trouvé dans la riche correspondance d'une famille de notables loclois, les Houriet, des informations de première main sur les événements et les opinions des membres de cette famille face aux événements cruciaux vécus par Neuchâtel durant ces périodes troublées (fin du XVIIIe et première moitié du XIXe siècle).

Enfin, deux contributions, celle de Pierre Marti et de Micheline Louis-Courvoisier peuvent à priori surprendre dans ce recueil. Pierre Marti s'intéresse à la correspondance codifiée et réglementée que des prêtres séculiers ont entretenu durant la première moitié du XIXe siècle dans le cadre d'une association secrète. Son étude s'intègre dans le thème de l'ouvrage par l'objectif même de cette «Petite Eglise» qui était de mettre en relation intellectuelle plusieurs dizaines de prêtres et de fortifier ainsi les liens de la famille que ces derniers souhaitaient constituer.

Micheline Louis-Courvoisier, qui a élaboré une base de données des consultations épistolaires envoyées au Dr Tissot, signale les perspectives de recherches innombrables ouvertes par ces sources qui s'élargissent bien au-delà de l'histoire de la médecine. Dans le cadre de cette contribution, elle s'est attachée à repérer

patiemment les traces de l'harmonie ou des dissensions régnant au sein des familles des malades qui faisaient appel aux lumières du célèbre médecin.

Le mérite de cet ouvrage est de faire la démonstration de l'importance des sources épistolaires privées pour une connaissance plus aiguisée de la société du XVIIIe–XIXe siècle et de ses membres.

Sylvie Moret Petrini (Lausanne)

Bruno Wickli
Politische Kultur
und die «reine Demokratie»
Verfassungskämpfe und ländliche
Volksbewegungen im Kanton
St. Gallen 1814/15 und 1830/31

St. Gallen 2006, 522 S., 25 Abb., Fr. 58.–

Die vorliegende Dissertation von Bruno Wickli – sie entstand im Rahmen eines von Andreas Suter und Martin Schaffner betreuten Nationalfondsprojekts zur Entstehung der direkten Demokratie im nationalen und internationalen Vergleich – fragt nach den Bedingungskonstellationen für das Entstehen der modernen direkten Demokratie in der Schweiz. Der Untersuchungsgegenstand erscheint prädestiniert, da in St. Gallen 1831 erstmalig mit dem Veto ein direktdemokratisches Element in einer Repräsentativverfassung verankert wurde, eine Neuerung, in der Wickli ein «Scharnier» zwischen den Landsgemeindeverfassungen und der modernen direkten Demokratie in der Schweiz sieht.

Folgerichtig wendet sich der Autor der Rolle der ländlichen Volksbewegungen der «Demokrätler» von 1814/15 und 1830/31 als «Gegenbewegung» zu der konkurrierenden Strömung der Bürgerlich-Liberalen zu. Wickli liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Regenerationsperiode, der das mehr oder weniger homo-

gene Bild der «liberalen» Regenerationsbewegungen der 1830er-Jahre aufbricht.

Die Studie ist einem jüngeren Forschungsansatz zuzuordnen, der die Fortführung einer traditionellen Protestkultur und die durch lebensweltliche Erfahrungen ausgelösten Veränderungen tradierter Handlungs- und Deutungsmuster im 19. Jahrhundert thematisiert. Wickli leitet diesen Ansatz aus dem theoretischen Konzept der «politischen Kultur» ab, das politische Handlungsformen und Wertorientierungen unter den Aspekten der kulturellen Prädisposition, des situationspezifischen Kalküls und der Erfahrungen und schöpferischen Eigenleistungen der Akteure untersucht.

Entsprechend gliedert sich die Untersuchung. Wickli widmet sich einer «Phänomenologie» beider ländlich-demokratischen Volksbewegungen, die er in einer doppelten Kontinuität zu den Widerstandsbewegungen der Frühen Neuzeit sieht. Dies gilt zum einen für die Artikulations- und Mobilisierungsformen einer spezifisch ländlichen politischen Kultur des «offenen Protests» und zum anderen für die Sozialstruktur der Trägerschaft, wobei allerdings an dieser Stelle der nicht immer stringente Vergleich der beiden Volksbewegungen auffällt. Breiten Raum nimmt die Beschreibung der Führungspersönlichkeiten ein, die qua Amt oder Beruf (hier fallen insbesondere die Wirte auf) der ländlichen Elite angehörten. Zur Basis zählten, wenngleich regional stark divergierend, Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern, wobei Letztere in beiden Volksbewegungen allerdings nur schwach aufscheinen.

Den Kontinuitätsmerkmalen der politischen Kultur stellt der Autor im nächsten Schritt die zeitspezifischen, durch das Handlungsumfeld bedingten Unterschiede der Handlungsstrategien gegenüber.

Die Widerstandsbewegung von 1814/15 scheiterte an der kompromiss-

losen Haltung der Kantonsregierung und der Intervention externer Akteure, was in gewalttätigen Auseinandersetzungen gipfelte. Dagegen konnte 1830 im Rahmen der reformfreundlichen Grosswetterlage eine Koalition liberaler und demokratischer Erneuerungskräfte die Wahl eines Verfassungsrats durchsetzen. Kantonsregierung, Verfassungsrat und Stimmbürger traten in einen «Handlungsdialog», der es auch den Demokraten ermöglichte, ihre Forderungen in den Revisionsprozess einzubringen. Gewalt erschien unter diesen veränderten Bedingungen kein probates Mittel mehr.

Im Folgenden wendet sich Wickli der Erklärungskategorie «Erfahrung» zu. Er untersucht die Wechselwirkung eines tradierten Geschichtsbilds mit den kollektiven und individuellen lebensweltlichen Erfahrungen der demokratischen Akteure. Leitmotiv des Geschichtsbewusstseins war die alteidgenössische Freiheitstradition, wie man sie in den unmittelbar benachbarten Landsgemeindedemokratien wie Glarus und Appenzell Ausserrhoden überliefert sah, die man aber selbst verloren hatte. Zentraler Referenzpunkt dieses Verlusts war die selbst erlebte Schaffung des kantonalen Kunstgebildes durch Napoleon 1803. Der Topos der «Fortdauer des französischen Staatswesens» durchzog beide Volksbewegungen bis 1830. Die eindeutig negativen Konnotationen arbeitet Wickli anhand unterschiedlicher lebensweltlicher «Erfahrungsräume» heraus, in deren Mittelpunkt jeweils die Wahrnehmung der staatlichen Tätigkeit beziehungsweise deren Versagen steht. Gemeinsam sind diesen Erfahrungsräumen krisenhafte Erscheinungen: die politischen Zäsuren der Helvetik und der Restauration 1814/15 mit ihren wirtschaftlichen Depressionsphasen, ein chronisch defizitärer Staatshaushalt bei steigender Steuerlast, die fortschreitende Schwächung des Katholizismus und die Beschneidung des Gemeindebürgerwahl-

rechts nach 1814. Erinnerung wie Erfahrung flossen in der Konsequenz zu einem demokratischen, an den benachbarten Landsgemeindedemokratien orientierten Gegenentwurf zusammen, der 1814/15 noch vage formuliert wurde, sich 1830/31 dagegen ausdifferenziert und kohärent zeigte, wie Wickli im folgenden Kapitel anhand der 1831 eingereichten Petitionen und der Debatten im Verfassungsrat darlegt. Grundpfeiler dieses Entwurfs bildeten die Vorstellung von einem «schlanken», sparsamen und transparenten Staatswesen und einer breiten politischen Partizipation auf der Basis absolut verstandener Volkssouveränität. Zu den demokratischen Kernforderungen gehörte deshalb die (1831 erfolgreich durchgesetzte) Einführung von «Bezirkslandsgemeinden» zur Ausübung des allgemeinen, gleichen, direkten und offenen Männerwahlrechts und das Recht auf direkte Beteiligung an der Gesetzgebung. Das Ergebnis ist bekannt: Im Artikel 3 der Verfassung wurde das Vetorecht gegen ein vom Grossen Rat erlassenes Gesetz unter anderem im Bereich der Steuergesetzgebung verankert. Ein bahnbrechender, wenn auch «fauler Kompromiss» urteilt Wickli über dieses zwischen Liberalen und gemässigten Demokraten ausgehandelte Gesetzesveto, dessen politische Schlagkraft ganz erheblich durch einen Abstimmungsmodus eingeschränkt wurde, wonach abwesende Stimmbürger als Jastimmen zählten. Insbesondere dieses Verfahren bedingte eine breite Ablehnung, wie sie sich im Ergebnis der Verfassungsabstimmung niederschlug, die nur aufgrund des hohen Anteils an Nichtwählern als angenommen gelten konnte.

Wie ist vor diesem Hintergrund die Bedeutung des Vetorechts einzuschätzen? In der politischen Praxis erwies es sich als «zahnloses» Oppositionsinstrument. Seine eigentliche Bedeutung sieht Wickli vielmehr in der dem Veto inhärenten Verknüp-

fung von politisch-kulturellen Traditionen und zeitspezifischen staatspolitischen Herausforderungen: als innovatives Konstrukt einer ländlichen politischen Kultur, das die tradierte «Praxis des offenen Protests» (462) institutionalisierte und das Ideal der Landsgemeinde – verstanden als aktive Mitgestaltung an der Gesetzgebung – auf die staatliche Ebene transformierte, und als Akt der Einpassung eines direktdemokratischen Elements in das Repräsentativsystem.

Wenn aber die Vitalität einer ländlichen politischen Kultur und die direkte Nachbarschaft zu den Landsgemeindedemokratien die entscheidenden Faktoren für die St. Galler Entwicklung sind, warum gingen dann andere Kantone, die beide Voraussetzungen teilten, – etwa Zürich – einen anderen Weg, wie sich der Autor selbst fragt? Und warum treten jene separatistischen Strömungen der demokratischen Volksbewegung 1814/15 unter den ungleich günstigeren Rahmenbedingungen 1830/31 nicht mehr, wie im Kanton Basel, in Erscheinung? Offenbar sind neben den beiden genannten noch andere Einflussfaktoren zu berücksichtigen, wie das Beispiel des hoch industrialisierten, reformierten alten Stadtkantons Zürich zeigt. In der Zürcher Regenerationsbewegung spielten direktdemokratische Forderungen bezeichnenderweise keine Rolle. Das Zürcher Beispiel stützt die These Wicklis von der Bedeutung lebensweltlicher Erfahrungen für die Entwicklung eines politisch-gesellschaftlichen Ordnungsentwurfs. Es schwächt dagegen seine Argumentation, sozialökonomische, konfessionelle (oder zumindest: religiöse) und strukturelle historisch-politische Einflussfaktoren zugunsten der Wirkungskraft von politischer Kultur generell zurückzustellen. Behindert wird auf diese Weise zudem die Einschätzung, welche Bedeutung den anderen – nicht radikal-demokratischen – Konzepten der gemässigten Demokraten

und der Liberalen für die Entwicklung in St. Gallen zukommt. Die angerissenen Fragen verdeutlichen, dass Bruno Wickli eine bemerkenswerte Studie gelungen ist, die wichtige Impulse für kommende komparatistische Untersuchungen zu liefern vermag.

Barbara Weinmann (Berlin)

Dario Gerardi

La Suisse et l'Italie 1923–1950

Commerce, finance et réseaux

Editions Alphil, Neuchâtel, 2007, 612 p., Fr. 54.–

Depuis l'affaire dite des «fonds en déshérence» en 1996 suivie des publications de la Commission Indépendante d'Experts-Suisse Deuxième Guerre Mondiale, plusieurs travaux dans le domaine de l'histoire économique de la Suisse contemporaine ont vu le jour. Inscrite dans cette dynamique, *La Suisse et l'Italie, 1923–1950. Commerce, finance et réseaux* est une contribution importante tant à la compréhension du rôle de la Suisse durant la Deuxième guerre mondiale qu'à l'histoire des relations extérieures de la Suisse au XXe siècle.

Au départ, Dario Gerardi avait comme dessein de combler les lacunes concernant les relations économiques entre la Suisse et l'Italie durant le Second conflit mondial et l'immédiat après-guerre. Mais au final, même si son ouvrage se focalise sur les années 1938–1948, il nous offre une histoire de longue durée remontant dans les relations italo-suisse dès la Première Guerre mondiale, passant par l'arrivée de Mussolini au pouvoir, la crise des années 1930, et la guerre d'Ethiopie. Il faut noter que le gouvernement de Mussolini est perçu avec bienveillance par les dirigeants helvétiques. Un point de vue partagé d'ailleurs par une grande partie de l'opinion publique qui transparaît notamment dans les princi-

paux quotidiens du pays. Si de nombreux dirigeants ne cachent pas leur sympathie pour le fascisme italien, c'est sans doute le Conseiller fédéral Giuseppe Motta qui détient la palme d'or de l'attitude la plus amicale vis-à-vis de Mussolini. Jusqu'à sa mort en 1940, aveuglé par son admiration pour le fascisme, Motta fera tout son possible pour que la Suisse maintienne de bonnes relations avec son voisin du sud.

En octobre 1935, l'Italie envahit l'Ethiopie et sera condamnée par la Société des Nations. La Suisse accepte l'embargo sur le matériel de guerre mais l'applique aux deux pays. Avec le Luxembourg, la Suisse sera, à cet effet, le seul pays à adopter une mesure qui prive l'Etat agressé, l'Ethiopie, de la possibilité de se fournir en armes et munitions pour se défendre. En outre, elle se désolidarise de la politique des sanctions en refusant de participer à l'embargo commercial contre la Péninsule afin de préserver ses intérêts économiques. L'Italie est un important partenaire commercial, et un lieu de placement privilégié par les milieux d'affaires helvétiques notamment dans les secteurs du textile, de l'électricité, de la chimie, de la banque et des assurances. A la veille de la Deuxième Guerre Mondiale, l'importance des intérêts économiques en Italie contribue à expliquer largement la complaisance des autorités suisses à l'égard de la dictature fasciste même si bon nombres de dirigeants helvétiques partagent en grande partie les valeurs véhiculées par Mussolini.

De 1940 à 1943, l'Italie va devenir après l'Allemagne le deuxième partenaire commercial d'une Suisse parfaitement intégrée à l'espace économique dominé par les forces de l'Axe. Dès le début du conflit et encore plus lors de son entrée en guerre en juin 1940, l'Italie est en demande de produits suisses nécessaires à son effort de guerre (armes, munitions, machines-outils, instruments de mesure *et caetera*). Or pour financer ces achats auprès des